

WAHL 2017



Bundestagswahl am 24. September 2017 – SoVD schickte seine Die Antworten der Parteien



Fortsetzung von den Seiten 4+5

Bürgerversicherung

Der SoVD fordert auch im Gesundheitsbereich Solidarität. Er fragte: „Werden Sie sich dafür einsetzen, die gesetzliche Kranken- und die soziale Pflegeversicherung jeweils zu einer Bürgerversicherung als einheitliches Versicherungssystem weiterzuentwickeln, um eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und gerechte Versorgung aller auf Dauer sicherzustellen?“

CDU CSU [...] Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir ab. Der Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen ist ein Motor für Verbesserungen und Innovationen. [...] Wenn alle Bürger in eine einheitliche Zwangsversicherung einzahlen müssen, findet Wettbewerb nicht mehr statt. Die Bürgerversicherung führt außerdem nicht zur Entkoppelung von Arbeits- und Gesundheitskosten; steigen die Aufwendungen für die Gesundheit, steigen wie bisher auch die Arbeitskosten. Für die Herausforderungen der Krankenversicherung – nämlich die Sicherung einer guten medizinischen Versorgung und die Bewältigung der steigenden Kosten des medizinischen Fortschritts und einer alternden Gesellschaft – hat die Bürgerversicherung keine Lösung. [...]

SPD Bürgerinnen und Bürger sollen sich darauf verlassen können, unabhängig von Einkommen und Wohnort, die beste medizinische und pflegerische Versorgung zu bekommen. Dafür führen wir die Bürgerversicherung ein. Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise in der paritätischen Bürgerversicherung einbeziehen. Eine Zwei-Klassen-Medizin soll es nicht länger geben. Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken absichern.

Grüne Ja, wir wollen eine stabilere, gerechtere und verlässlichere Finanzierung für Gesundheit und Pflege und setzen uns daher für die Bürgerversicherung ein. Damit wollen wir die Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung überwinden und [...] auch künftig eine gute Versorgung für alle ermöglichen.

DIE LINKE. Selbstverständlich. Wir haben dazu das Konzept einer Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung entwickelt. [...] Wir wollen [...], dass die Beiträge, die auf Einkommen aus abhängiger Beschäftigung erhoben werden, wieder hälftig von Arbeitgebern und Beschäftigten gezahlt werden [...] Zuzahlungen abschaffen; dass die Krankenkassen alle medizinisch notwendigen Leistungen bezahlen; und alle [...] in die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung einbeziehen. [...] Wir wollen alle Einkommensarten verbeitragen – es ist ungerecht, wenn Versicherter Nr. 1 mit 4000 Euro Arbeitsbrutto viermal höhere Beiträge zahlen muss als Versicherter Nr. 2, der 1000 Euro Arbeitsbrutto plus 3000 Euro Gewinn aus Kapitaleinkünften hat. [...] Wir [wollen] die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen [...].

Freie Demokraten FDP Wir [...] stehen für Eigenverantwortung und Solidarität im Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit des Versicherten durch Kassenvielfalt gewährleistet ist. Dazu setzen wir uns neben einer starken privaten Krankenversicherung (PKV) auch für eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ein. Einer als „Bürgerversicherung“ getarnten staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine klare Absage. Staatlich organisierte und rationierte Zuteilungsmedizin führt langfristig zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung [...].

Arbeitslosengeld II („Hartz IV“)

Eine Frage zum sozialen Schutz war: „Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Arbeitslosengeld-II-Leistungen und Eingliederungsmaßnahmen für ehemals sozialversicherungspflichtig beschäftigte Langzeitarbeitslose verbessert, dass für alle Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und Empfänger aus Bundesmitteln angemessene Beiträge zur Rentenversicherung geleistet und dass zumindest die verschärften Sanktionsregelungen für Jugendliche und junge Erwachsene abgeschafft werden?“

CDU CSU CDU und CSU [...] werden [...] die Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt deutlich verbessern. Langzeitarbeitslosen, die aufgrund der besonderen Umstände auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance haben, werden wir verstärkt die Möglichkeit geben, sinnvolle und gesellschaftlich hochwertige Tätigkeiten auszuüben. [...] Wir werden finanzielle Mittel bereitstellen, damit jungen Menschen, deren Eltern von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, in ganz Deutschland der Weg in Ausbildung und Arbeit ebnet wird. Sanktionen sind dann angemessen, wenn beispielsweise eine zumutbare Arbeit ohne einen wichtigen Grund abgelehnt wird. Dies betrifft aber nur einen geringen Prozentsatz der Arbeitslosengeld-II-Bezieher. [...] Der Missbrauch von Sozialleistungen darf nicht hingenommen werden. [...]

SPD Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen und einen dauerhaften, sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen. Mit dem sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose, die auf absehbare Zeit keine realistischen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. [...] Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Die Sanktionierung von Leis-

tungen für Kosten der Unterkunft werden wir abschaffen. Niemand darf aufgrund einer Sanktion wohnungslos werden.



Ja. Wir wollen Langzeitarbeitslose wieder in die Rentenversicherung einbeziehen, einen sozialen Arbeitsmarkt einführen für diejenigen, die sonst keine Chance auf einen regulären Job haben, und die verschärften Sanktionsregeln für Jugendliche und junge Erwachsene abschaffen.

DIE LINKE. Ja, die Finanzierung der Vermittlung, die Bereitstellung langfristiger und zielgerichteter Maßnahmen für Langzeiterwerbslose und die Auflage eines Wirtschaftsprogramms, welches die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt fördert, sind Ziele der LINKEN. Aber auch der Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung [...]. Unsere Forderung nach der Gewährleistung einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1050 Euro schließt die Abführung angemessener Beiträge zur Rentenversicherung ebenso mit ein wie die Abschaffung von Sanktionen – nicht nur für Jugendliche und junge Erwachsene.



Wir [...] setzen uns [...] für die Einführung eines liberalen Bürgergeldes ein. Dabei werden steuerfinanzierte Sozialleistungen

gen, wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld, in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammengefasst. [...] Selbstverdientes Einkommen soll nur prozentual und geringer als heute angerechnet werden. [...] Gerade für Menschen im heutigen Arbeitslosengeld II [...] muss [es ...] attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln [...], um irgendwann finanziell ganz auf eigenen Beinen zu stehen. [...] Daher ist das liberale Bürgergeld nicht bedingungslos. [...] Die FDP [setzt sich] dafür ein, dass die Minijob-Grenze (heute 450 Euro) auf das 60-Fache des gesetzlichen Mindeststundenlohns (das wären heute 530,40 Euro) festgesetzt wird und sich mit ihm dynamisch entwickelt. [...]

